

Stand: 12.02.2026 02:44:16

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/8671

"Bildungsabsturz in Bayern ernst nehmen: Vorschule als Booster für die Chancengerechtigkeit, Bildung aus einer Hand und von Anfang an"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/8671 vom 28.10.2025
2. Beschluss des Plenums 19/8705 vom 29.10.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 62 vom 29.10.2025



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel, Christian Zwanziger, Benjamin Adjei, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Kerstin Celina, Andreas Hanna-Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion (**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**)

**Bildungsabsturz in Bayern ernst nehmen:
Vorschule als Booster für die Chancengerechtigkeit, Bildung aus einer Hand
und von Anfang an**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die dramatische Verschlechterung der Ergebnisse Bayerns auch im aktuellen IQB-Bildungstrend zum Anlass zu nehmen, und statt hohler Rhetorik endlich wirksame Verbesserungen, vor allem in der frühkindlichen Bildung auf den Weg zu bringen. Dazu sind u. a. folgende Schritte nötig:

- Ein Recht auf eine tägliche, am Vormittag stattfindende Vorschule für alle Kinder mit verbindlichen Lerninhalten zu garantieren.
- Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus zu einem Bildungsministerium umzugestalten, sodass auch die frühkindliche Bildung und die ganztägige Bildung dort angesiedelt sind.

Begründung:

Der IQB-Bildungstrend zeigt die Entwicklung der fachlichen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler innerhalb der einzelnen Bundesländer. Die Fähigkeiten bayerischer Schülerinnen und Schüler sind in den vergangenen Jahren in allen Bereichen stark rückläufig. Das belegt auch die jüngste Veröffentlichung des IQB-Trends 2024, bei dem die Kompetenzen der Neuntklässlerinnen und Neuntklässler in Mathematik und Naturwissenschaften im Vergleich zu 2012 und 2018 auf einen Tiefstand zurückgefallen sind.

Wie gut die Schülerinnen und Schüler in Bayern abschneiden, hängt heute noch stärker von ihrem Elternhaus ab als früher. In Mathe erklärt der soziale Status rund 20 Prozent der Leistungsunterschiede. Kurz: Herkunft wiegt hier schwerer denn je.

Der Zusammenhang von sozialem Status und Leistung spielt aber bereits viel früher eine entscheidende Rolle in Deutschland, und das in viel stärkerem Ausmaß als in anderen Ländern. Besonders alarmierend: Nirgendwo ist der Zusammenhang zwischen familiärem Hintergrund und sprachlichen Fähigkeiten so ausgeprägt wie in Deutschland. Auch in Mathematik zeigt sich ein ähnlich hohes Ungleichgewicht – vergleichbar nur mit den USA. Darum muss der Fokus endlich auf den frühkindlichen Bereich gelegt werden. Dies belegt eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) in Kooperation mit der Universität Leipzig. Die Forschenden verglichen repräsentative Daten aus Deutschland, Frankreich, dem Vereinigten Königreich, den Niederlanden (am Beispiel Rotterdam), den USA und Japan.

Statt mit Symbolpolitik zu reagieren, braucht es eine konsequente Strategie vom ersten Tag an. Der Freistaat testet inzwischen alle Viereinhalbjährigen auf Deutschkenntnisse. Doch Tests allein verbessern kein Sprachvermögen. Gleichzeitig wurde an Grundschulen bei Musik, Kunst und Werken gekürzt – ausgerechnet dort, wo Sprache, Wahrnehmung und Ausdruck ganzheitlich gefördert werden. So entsteht eine Schere zwischen Diagnose und Förderung: Es wird zwar früher gemessen, aber nicht ausreichend und nicht verlässlich genug gefördert.

Um das zu ändern, soll jedes Kind ein Recht auf eine tägliche, am Vormittag stattfindende Vorschule erhalten. In dieser verlässlichen Lernzeit lassen sich Sprachbildung, frühe mathematische Grundideen, Motorik sowie sozioemotionale Kompetenzen systematisch aufbauen. Die Förderung soll spielerisch, alltagsintegriert und qualitätsgesichert erfolgen. Auf diese Weise wird verhindert, dass aus kleinen Lücken große Hürden werden. Gleichzeitig wird der Zusammenhang zwischen Elternhaus und Bildungserfolg abgebaut.

Die Grundlage für eine Verbesserung der Kompetenzen der Kinder ist eine klare Regelung der ministeriellen Zuständigkeiten. Denn bisher versuchen das Staatsministerium für Unterricht und Kultus und das Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales bei Themen, die von beiden Staatsministerien bearbeitet werden, sich jeweils aus der Verantwortung zu stehlen, indem die Federführung auf das jeweils andere Staatsministerium geschoben wird. So wird Fortschritt verhindert. Die frühkindliche Bildung, Schule und ganztägige Bildung gehören darum endlich in eine Hand. Die Umgestaltung des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus zu einem Bildungsministerium ermöglicht es, Zielsetzungen, Kompetenzentwicklung entlang der Bildungsbiografie, aufeinander abgestimmte Curricula und Diagnostik, verlässliche Fort- und Weiterbildung für Fach- und Lehrkräfte sowie ein verbindliches Qualitäts- und Datenmonitoring kohärent zu steuern.

Geringere Kompetenzen, egal ob bei der Sprache oder in Mathematik haben weitreichende Folgen: Sie erschweren nicht nur den Bildungsweg, sondern verringern auch später die beruflichen Chancen und Einkommensperspektiven. Bayern kann es sich nicht leisten, auf kluge Köpfe und fähige Hände zu verzichten. Wer gut gebildet ist, fühlt sich beheimatet, ist glücklicher und kann mehr zu einem erfolgreichen Bayern beitragen. Die Forschung betont daher die zentrale Rolle frühkindlicher Förderung. Kostenfreie und qualitativ hochwertige Bildungsangebote für alle Kinder sowie eine gezielte Unterstützung sozial benachteiligter Familien helfen, Ungleichheiten abzubauen. Ein gut ausgebautes System der frühkindlichen Bildung sorgt für deutlich mehr Chancengerechtigkeit.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel, Christian Zwanziger, Benjamin Adjei, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Kerstin Celina, Andreas Hanna-Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/8671

Bildungsabsturz in Bayern ernst nehmen:

Vorschule als Booster für die Chancengerechtigkeit, Bildung aus einer Hand und von Anfang an

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher

V. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Gabriele Triebel

Abg. Martina Gießübel

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Oskar Atzinger

Abg. Julian Preidl

Abg. Doris Rauscher

Staatsministerin Ulrike Scharf

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Zur Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bildungsabsturz in Bayern ernst nehmen: Vorschule als Booster für die Chancengerechtigkeit, Bildung aus einer Hand und von Anfang an (Drs. 19/8671)

Ich eröffne die Aussprache und erteile Frau Kollegin Gabriele Triebel das Wort.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

"Es gibt massiven Handlungsbedarf, um die passende Antwort auf diese Ergebnisse und auf die Ergebnisse der davor liegenden Bildungsstudien zu finden."

Dieses Zitat kommt leider nicht aus Bayern, sondern von der Bundesbildungsministerin Karin Prien. Eigentlich müssten nach diesen Ergebnissen des jetzigen IQB-Bildungstrends auch bei Ministerin Stolz und Herrn Söder alle Alarmglocken läuten; denn immer mehr Schüler:innen verfehlen auch in Bayern die Mindeststandards. Gleichzeitig bröckelt der Anteil an top Leistungen, und der Einfluss der sozialen Herkunft nimmt messbar zu. Bayern verliert in der Bildung, also sowohl in der Breite als auch in der Spitze. Gerade Kinder aus weniger privilegierten Familien zahlen den höchsten Preis. Wer Bildung als Landesaufgabe ernst nimmt, muss jetzt wirksame Maßnahmen treffen, die alle Kinder und Jugendlichen nachweislich wieder nach vorne bringen, und zwar von Anfang an.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Staatsregierung führte im Rahmen der sogenannten Pisa-Offensive die Sprachstandstests für alle Viereinhalbjährigen ein. Das ist das eine. Doch beim zweiten entscheidenden Schritt, der Förderung danach, geht einfach zu wenig vorwärts. Die bestehenden Vorkurse Deutsch werden weder qualitativ noch quantitativ ausgebaut. In den Grundschulen wird bei den kreativen Fächern der Rotstift angesetzt, ausge-

rechnet dort, wo Sprache, Wahrnehmung und Ausdruck ganzheitlich gefördert werden. Kolleginnen und Kollegen, mit diesen halbherzigen Maßnahmen kommen wir doch nicht vom Fleck.

Wir wissen, dass die frühkindliche Bildung entscheidend dafür ist, wie Kinder später durch die Schule kommen werden. Wir wissen, dass sich jeder Euro, den wir in die frühkindliche Bildung stecken, später um ein Vielfaches auszahlen wird. Machen wir deswegen einen mutigen Schritt für unsere Kinder! Geben wir jedem Kind das Recht auf einen Platz in der Vorschule, die jeden Vormittag in der Woche stattfindet! In dieser verlässlichen Bildungszeit lassen sich spielerisch und altersgerecht Sprachbildung, frühe mathematische Grundideen, Motorik sowie sozioemotionale Kompetenzen systematisch fördern und aufbauen. Das Recht auf ein qualitativ hochwertiges Vorschuljahr würde unseren Kindern wie in der Schweiz, wie in Singapur, wie in Finnland, wie in Kanada und wie in Hamburg einen richtigen Bildungsbooster bescheren, und zwar unabhängig vom Elternhaus. Genau da müssen wir auch in Bayern hin.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Bildung findet nicht nur im Unterricht statt. Wir müssen auch in Bayern anerkennen, dass Kita und Ganzttag nicht nur Betreuung, sondern in erster Linie wertvolle Bildungszeit sind. Deswegen gehören die Themen Kita, Schule und Ganzttag in eine Hand, und zwar in die Hand eines starken Bildungsministeriums, damit es endlich eine klare Verantwortung für frühkindliche Bildung, Schule und Ganztagesbildung gibt. Kein Kompetenzgerangel mehr, sondern klare Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten! Wenn Bildung aus einer Hand gesteuert wird, gibt es einheitliche Ziele und klare Lernwege vom Kitastart bis zum Abschluss, und zwar mit klar abgestimmten Bildungsplänen und Diagnostik. Damit nehmen wir die Bildung der Kinder ganzheitlich in den Blick, nicht altersabhängig und nicht nur auf das Klassenzimmer beschränkt. Lassen Sie uns also alle Kräfte für die Bildung bündeln; denn die Herausforderungen in diesem Bereich sind immens groß. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, nach diesen IQB-Ergebnissen gibt es nichts mehr schönzu-

reden. Das Gebot der Stunde ist, wirksam und nachhaltig in Bildung zu investieren; denn Bildung ist die einzige Ressource, die wir besitzen. Sie entscheidet über die Zukunft und das Wohlergehen unserer Gesellschaft. Lassen Sie uns deswegen in der Bildung endlich mutige Schritte gehen, damit unseren Kindern und Jugendlichen eine gute Zukunft ermöglicht wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächste Rednerin ist für die CSU-Fraktion die Abgeordnete Martina Gießübel. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Martina Gießübel (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Bildungsniveau unserer Kinder hat sich verändert. Das zeigen die aktuellen IQB-Ergebnisse; Sie sind darauf eingegangen, Frau Triebel. Aber seien wir ehrlich: Alles kann der Staat nicht machen. Da sind auch die Eltern gefragt.

Da möchte ich einmal einhaken. Auch ich bin Mutter eines Sohnes. Mein Kind hat eine ganz normale Vorschule in der Kita genossen, wie das jetzt überall gemacht wird, und das war ausreichend. Aus ihm ist auch etwas geworden.

(Gabriele Triebel (GRÜNE): Sehr schön!)

Die GRÜNEN fordern in ihrem Dringlichkeitsantrag eine verpflichtende Vorschule, jetzt für alle Kinder am Vormittag mit verbindlichen Lerninhalten, und zudem einen Umbau der Ministerien. Das Kultusministerium soll künftig auch für die frühkindliche Bildung zuständig sein.

Ich verstehe Ihren Wunsch nach einer schnellen Lösung, aber so zack, zack, wie Sie das hier fordern, wird es nicht funktionieren. Unsere Kleinsten brauchen für ihre ersten Bildungserlebnisse nicht eine kleine Vorschule für alle, sondern sie brauchen starke Beziehungen, individuelle Anregungen – das heißt viel Sprache im Alltag, Spielen, Singen, Entdecken – und natürlich auch motivierte Fachkräfte, die Zeit für sie

haben. Das ist der Kern unseres Bayerischen Bildungs- und Erziehungsplans und des LehrplanPLUS: klare Orientierung, aber Gestaltungsfreiheit für die Teams und die Erzieherinnen vor Ort. Die bayerischen Leitlinien bilden dabei die Brücke von der Kita bis zum Ende der Grundschulzeit, gemeinsam gedacht und gemeinsam verantwortet.

Wir haben die Sprachstandserhebungen in Bayern. Hier werden alle Viereinhalbjährigen auf ihre Deutschkenntnisse getestet. Das ist kein Selbstzweck, sondern der Startschuss auch für Förderung dort, wo sie gebraucht wird. Im Fokus stehen Deutsch und die alltagsintegrierte Sprachbildung.

Im letzten Jahr vor der Einschulung besuchen ohnehin mittlerweile schon 95 % der Kinder eine Kita. 5 % erreichen wir noch nicht. Da müssen wir schauen, dass wir an die Eltern rankommen und ihre Kinder auch in die Kita bringen. Eine starre Vormittagsbeschulung für alle würde wieder Personal binden, ohne den Kindern mit echtem Förderbedarf spürbar mehr Zeit zu schenken.

Gute Bildung entsteht nicht, indem wir Namensschilder an Ministerien austauschen. Sie entsteht in den Gruppen und Klassen an der Basis. Mit genug Personal, gut qualifiziert, mit kleinen Gruppen und multiprofessionellen Teams schaffen wir es, an den Defiziten der Kinder zu arbeiten. Genau dort setzen wir an. Sozial- und Familienministerium und Kultusministerium arbeiten schon längst gut zusammen beim Ganztag, beim Übergang von der Kita zur Grundschule und beim Vorkurs Deutsch. Wir können hier wieder Strukturdebatten führen; das ist ganz klar. Die Erfahrung lehrt uns aber, dass ein Ressortumbau neue Unsicherheiten und Reibungsverluste schafft und zusätzlich Zeitaufwand und Bürokratie erzeugt. Das wollen wir nicht.

Der Bayerische Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder und der LehrplanPLUS geben Ziele und Kompetenzen vor. Über die Ausgestaltung entscheiden die Teams vor Ort, basisnah, jeweils genau nach Bedarf. Jede Gruppe ist anders, und auch jedes Kind ist anders. Feste Vormittagsschienen und Standardlehrpläne wären keine moderne Frühpädagogik.

Die ganztägige Bildung und Betreuung im Grundschulalter ist in der Kinder- und Jugendhilfe verankert. Frau Triebel, Sie haben gesagt, Bildung findet nicht nur im Unterricht statt; da gebe ich Ihnen recht. Es gibt schon wahnsinnig tolle Angebote, wie die Elternbegleitung, bei der man auch mit den Eltern arbeitet, Mehrgenerationenhäuser oder Asylhelferkreise. Da wird ebenfalls Bildung für die Kinder ermöglicht. Diese Vielfalt ist eben auch eine Stärke Bayerns, und sie passt zu den ganz unterschiedlichen Lebenslagen der Familien.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Schullandschaft hat sich in den vergangenen Jahren nicht nur in den urbanen Räumen spürbar verändert. Es gibt vielfältigere Lerngruppen, mehr Mobilität, unterschiedliche Sprachstände, zusätzliche Aufgaben bei Inklusion und Ganzttag. Das ist jeden Tag eine Riesenherausforderung für die Erzieherinnen und Lehrer, denen ich heute an dieser Stelle einmal herzlich für ihren großartigen Einsatz danken möchte.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich bin viel in meinem Stimmkreis unterwegs. In meiner Heimatstadt Schweinfurt haben wir Grundschulen und Kindergärten mit einem Migrationsanteil von fast 95 %. Diese Realität dürfen wir natürlich auch nicht aus den Augen verlieren. Daraus ergeben sich besondere Herausforderungen, die zu bewältigen sind. Unsere Antwort ist aber gerade deshalb nicht ein Einheitsmodell für alle, sondern passgenaue und gezielte Unterstützung dort, wo sie besonders nötig ist.

Die einschlägige Forschung betont einen frühen Beginn, die Sicherung des Zugangs für alle, hohe Qualität, gut ausgebildetes Personal, kleine Gruppen. Das wirkt auch. Die Forschung fordert gerade nicht eine verpflichtende Vormittagsvorschule mit starren Inhalten und standardisierten Lehrplänen für alle. Genau deshalb setzen wir als CSU-Fraktion auf Zugang plus Qualität plus passgenaue Förderung statt auf eine Vorschulpflicht für alle. Ich bin der Überzeugung, das gelingt uns mittlerweile auch ganz gut.

Der Dringlichkeitsantrag will einen Booster, würde in unseren Augen aber das Gegenteil bewirken. Kleine Kinder brauchen ihre Eltern – das möchte ich noch einmal ganz besonders betonen –, feste verlässliche Beziehungen, Zeit, Sprache im Alltag, individuelle Förderung und gut ausgestattete Teams. Sie brauchen nicht einen Pflichtvormittag und schon gar nicht bürokratische Reformen. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab. Wir arbeiten weiter mit voller Kraft mit Kommunen, Trägern, Fach- und Lehrkräften und natürlich mit den Eltern für unsere Kinder.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte am Rednerpult bleiben! – Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung der Abgeordneten Gabriele Triebel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor. Bitte schön.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Verehrte Kollegin, ich weiß nicht, ob Sie mich jetzt mit Absicht missverstanden haben. In unserem Antrag und auch in meiner Rede habe ich kein einziges Mal von Pflicht gesprochen, sondern von Recht, von einem Recht auf Vorschule. Die Pflicht läge dann beim Freistaat – da haben Sie recht –, aber nicht bei den Eltern oder bei den Kindern. Also noch einmal für Sie zur Wiederholung: Recht auf Vorschule, nicht Pflicht.

Dann eine konkrete Frage an Sie: Den Vorkurs Deutsch haben Sie gerade auch genannt. Nach dem Richtwert für die Gruppe sollen zwischen sechs und acht Kinder an diesem Vorkurs Deutsch teilnehmen. Soviel ich weiß, liegt der Durchschnitt der teilnehmenden Kinder im Moment bei 9,2. In einer neuen Verordnung für die Kitas bzw. die Schulen wird der Vorkurs Deutsch jetzt auf 12 Teilnehmer:innen bzw. Kinder erhöht.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist um.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Was sagen Sie zu dieser Erhöhung der Zahl der teilnehmenden Kinder für die Vorkurse Deutsch?

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die Redezeit ist um. – Bitte schön.

Martina Gießübel (CSU): Liebe Frau Kollegin Triebel, Sie wissen, dass wir Personal leider nicht aus dem Hut zaubern können. Wir müssen hier nachqualifizieren. Das ist ganz klar. Die Sprache ist die Grundlage für die Bildung, und hier müssen wir nachjustieren. Uns bleibt im Moment nichts anderes übrig, als einfach mit diesen Zahlen zu arbeiten. Aber wir werden sicher weiter nachqualifizieren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist der Abgeordnete Oskar Atzinger für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Oskar Atzinger (AfD): Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! Plenus venter non studet libenter – ein voller Bauch studiert nicht gern. Warum lernen, wenn man auch von Sozialleistungen ein auskömmliches Leben führen kann? Dies denken sich viele Kinder und Jugendliche dem Beispiel ihrer Eltern folgend. Ein Recht auf tägliche, am Vormittag stattfindende Vorschule für alle Kinder würde wenig helfen, weil ein großer Teil der Kinder aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse dem Unterricht nicht folgen kann. Die GRÜNEN verkennen ideologisch verblendet die Hauptursache der sich dramatisch verschlechternden Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler. Die Migration ist die Mutter fast aller unserer Probleme. Innere Sicherheit, Wohnungsnot, Staatshaushalt und Bildungsmisere: Nur durch die Remigration aller Integrationsunwilligen werden wir die Probleme in Deutschland lösen können.

(Beifall bei der AfD)

Ja, es bedarf einer besseren Verzahnung von frühkindlicher Bildung und Schule; denn Kinder müssen schon früh an den Leistungsgedanken herangeführt werden. Nur so werden wir den Wohlstand in Deutschland erhalten können. Und ja, es bedarf einer

klaren ministeriellen Zuständigkeit. Aber dafür muss die frühkindliche Bildung nicht unbedingt im Bildungsministerium verortet werden.

Der Antrag der GRÜNEN stellt einen weiteren Schritt in Richtung vollumfassender Staatsintervention im frühkindlichen Bereich dar, der Eigenverantwortung und Elternrechte ausblendet oder sogar untergräbt. Eine solche Bildungspolitik gefährdet nach Überzeugung der AfD-Fraktion die Freiheitsrechte der Familien und fördert eine ausufernde Bürokratie. Der Erhalt der bayerischen Bildungsqualität gelingt nicht durch Zwangsbeglückung und staatlichen Zentralismus, sondern durch Stärkung der Familie und Rückbesinnung auf bewährte Lehrinhalte. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Der nächste Redner ist der Kollege Julian Preidl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Julian Preidl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Der vorliegende Dringlichkeitsantrag folgt einem bekannten Schema der GRÜNEN: Wenn die Gesellschaft – bildlich gesprochen – mehr und mehr verlernt, Brände eigenständig zu löschen, soll der Staat unverzüglich mit dem Löschhubschrauber vorsichtshalber über jedes Haus fliegen. Beim heutigen Thema der Bildung gilt dies für die Elternhäuser in unserem Freistaat. Gefordert werden mal wieder neue Bildungsangebote. Ihr Motto ist: Sie wollen den Bildungs-Löschhubschrauber losschicken und ihn vorsichtshalber über alle Elternhäuser fliegen lassen. Aber nicht überall brennt, raucht oder funkt es. Vielleicht ist irgendwann auch einmal zu viel überflutet. Es muss auch in unserem Freistaat langfristige, echte Chancengleichheit geben, die bis ans Ende denkt.

Die sich bundesweit verschlechternde Tendenz von Jahr zu Jahr zeigt neben dem Handlungsrahmen auf staatlicher Ebene auch, dass wir die Selbstwirksamkeit der Eltern nicht außer Acht lassen dürfen. Hysterie und Mentalität getreu dem Motto "Der Staat hat die alleinige Verantwortung" verkennt die Wurzeln des Problems. Der Anlass

des Antrags waren die jüngsten Ergebnisse des IQB-Bildungstrends. Das Skurrile an diesem Antrag ist Folgendes: Die Ergebnisse zeigen, dass es Defizite in den naturwissenschaftlichen Fächern gibt, aber die GRÜNEN bemängeln im Antrag, dass ausgerechnet die Fächer Kunst, Musik und Werken an den bayerischen Schulen gekürzt worden sind. Danke für diese Vorlage.

Wir haben natürlich schon einige Maßnahmen getroffen wie beispielsweise im Rahmen der Pisa-Offensive im Frühjahr 2024. Im Übrigen hat das auch der Vorsitzende des Bayerischen Realschullehrerverbandes Ulrich Babl positiv erwähnt. Ich zitiere: Die stärkere Fokussierung auf die Kernbereiche Sprache und Mathematik, Lesen, Schreiben und Rechnen sei ein wichtiger und notwendiger Schritt. Allerdings würden diese Maßnahmen ihre Wirkung naturgemäß erst mit zeitlicher Verzögerung zeigen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, Ihr Pflicht- und Regulierungswahn ist kein Mittel für Chancengleichheit in unserer Gesellschaft. Wir brauchen auch mehr Verantwortung für unsere Lehrkräfte. Ich gebe einmal einen kurzen Auszug von den Angeboten, die es schon jetzt in unserem Staat gibt. Hier wären beispielsweise die Familienstützpunkte zu nennen. Hier gibt es ein flächendeckendes Netz an wohnortnahen Familienstützpunkten, über 240 in ganz Bayern. Sie bieten niedrigschwellige Bildungs- und Beratungsangebote an. Dann gibt es noch die Elternbildung in Bayern, Netzwerke und Programme wie Elternbildung digital, Elterntalk Bayern, Familienbildung vor Ort. Weiter gibt es noch die Erziehungs- und Familienberatung, also kostenlose psychologische und pädagogische Beratungsstellen in öffentlicher und freier Trägerschaft. Die Themen sind Entwicklungsfragen, Erziehungsschwierigkeiten, Trennung, Medienkonsum, Übergang an die Schule, familiäre Belastungen. Dann gibt es auch noch die Frühen Hilfen und die KoKi-Netzwerke. Der Freistaat Bayern stellt bereits zahlreiche Feuerlöscher bereit, und deswegen lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Es liegt noch eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung der Kollegin Gabriele Triebel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Verehrter Kollege, auch Sie sprechen von Pflicht. Ich spreche von Recht. Es soll ein Recht auf eine Vorschule geben, damit Eltern ihre Kinder dort anmelden können, wenn sie wollen. Das war noch einmal für Ihr Verständnis.

Das Zweite ist: Meinen Sie, dass in Hamburg, Finnland, Kanada und in den anderen Ländern, die ich genannt habe, die Eltern geknebelt werden, um ihren Kindern eine bessere und intensivere Bildungsmöglichkeit zu geben?

Julian Preidl (FREIE WÄHLER): Ich stelle Ihnen eine Gegenfrage: Meinen Sie wirklich, dass alle Probleme gelöst sind, wenn der Staat immer wieder mit staatlichen Maßnahmen und Angeboten ums Eck kommt? Ich habe vorhin in meiner Rede aufgelistet, welche Angebote es bereits gibt. Noch einmal: Es gibt Familienstützpunkte, die Elternbildung in Bayern und die ganzen Netzwerke und Programme wie die Erziehungs- und Familienberatung und auch die Frühen Hilfen. Das sind alles Angebote für Eltern mit Kindern von null bis drei Jahren.

Letztendlich, das muss man auch sagen, muss das Ganze bei der derzeitigen Haushaltslage auch finanzierbar sein. Wenn man in der Regierungsverantwortung steht, muss man das auch finanzieren können, was Sie da fordern. Wo bekommen wir erstens die Pädagogen her? Wie können wir zweitens die Pädagogen finanzieren? Ich bin der Meinung, dass wir viel mehr zu der Mentalität kommen müssen: Frage, was kann ich für den Staat tun, und nicht, was kann der Staat alles für mich lösen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die nächste Rednerin ist die Kollegin Doris Rauscher für die Fraktion der SPD. Bitte schön.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit Verlaub, Frau Triebel, ich muss deutlich sagen, dass ich durchaus erstaunt darüber

bin, wie die GRÜNEN mit einem so wichtigen Thema, dem Thema der frühkindlichen Bildung, umgehen. Da wird in einem Dringlichkeitsantrag eine Vorschule aus dem Hut gezaubert und die Frühpädagogik ans Kultusministerium oder an ein neu zu gründendes Bildungsministerium angedockt. Das sind durchschnittlich vier Minuten Redezeit für einen kompletten Systemwechsel. Das wird der Komplexität des Themas in keiner Weise gerecht. Das können Sie sich doch auch nicht wirklich erwarten im Rahmen einer Plenardebatte.

Ich finde, wenn es Ihnen wirklich um das Thema Bildungsgerechtigkeit geht, dann hätten Sie diesen Vorschlag in aller Breite und Tiefe in die Fachausschüsse einbringen können. Dort hätten wir mit Fachleuten, Trägern, Kitafachkräften diskutieren können. Auch heute, Frau Triebel, haben Kinder und Familien bereits ein Recht auf einen Kita-platz. Die gesamte Kitazeit ist Vorschulzeit mit täglicher Vorschularbeit. Was mich als ehemalige pädagogische Leitung von ziemlich vielen Kitas bei einem großen Träger aber fast ein wenig ärgert, ist, dass Ihr Antrag wenig Kenntnis und noch weniger Wertschätzung für die hervorragende Bildungsarbeit zeigt, die in Kitas – vorausgesetzt, die Rahmenbedingungen passen – geleistet wird.

Ja, die Zahlen des IQB-Bildungstrends sind alarmierend. Da stimme ich Ihnen zu. Ja, der Bildungserfolg hängt in Deutschland und auch bei uns in Bayern viel zu stark vom Elternhaus ab. Genau deshalb brauchen wir echte Lösungen. Diese beginnen nicht mit einer Vorschulstruktur, sondern mit einer ernsthaften Stärkung der bestehenden frühpädagogischen Arbeit. Die Kita ist, wie gesagt, Vorschule, nicht erst im letzten Kitajahr, sondern die gesamte Zeit vor der Einschulung. Bayern, auch das möchte ich sagen, hat eigentlich gute Konzepte: einen wissenschaftlich fundierten Bildungs- und Erziehungsplan, Programme zur Sprachförderung und zur Entwicklung sozial-emotionaler Kompetenzen und vieles mehr.

Herr Kollege Preidl, ich finde es problematisch, dass Sie sich so sehr auf die Haushaltsthematik beziehen. Was fehlt, sind wirklich gute Bedingungen, um die eigentlich sehr guten Konzepte auf hohem Niveau mit Fachkräften in den Kitas umzusetzen.

Frau Ministerin, die Realität zeigt, dass die Staatsregierung ihrer sehr großen Verantwortung auf diesem Politikfeld nicht gerecht wird. Bayern ist Schlusslicht bei der Kitafachkraftquote. Ich weiß, dass Sie bei diesem Thema immer anders argumentieren. Hier geht es um ein Bildungsniveau von DQR-6. Dieses Niveau hat eine Erzieherin oder eine höhergebildete Kraft. Dieses Niveau hat aber definitiv keine Zweit- oder Ergänzungskraft. Genau darauf beziehen sich auch die Zahlen.

Die staatliche Förderung deckt nur 60 bis 65 % der Betriebskosten in den Kitas ab. Der Kostendruck auf Träger, Eltern, Einrichtungen und Kommunen ist enorm. Das fördert den Bildungserfolg nicht. Das neue System der Sprachförderung führt dazu, dass im Vergleich zu vorherigen Jahren sogar weniger Kinder eine Sprachförderung erhalten.

Diese strukturellen Defizite sind nicht über Nacht gekommen. Sie sind Ausdruck der Politik derer, die hier in Bayern das Sagen haben, und das wohlwissend, dass die frühkindliche Bildung das Fundament für einen gelingenden Bildungserfolg darstellt. Dieser Bildungserfolg genießt aus unserer Sicht in Bayern nicht die höchste Priorität. Das ist dramatisch.

Die SPD-Fraktion ist der Auffassung, dass echte Bildungschancen echte Investitionen benötigen, für ein stabiles Fundament, für eine gute Bildungsbiografie. Deshalb haben wir zu diesem Thema vor Kurzem ein ganzes Antragspaket vorgelegt. Der Unterschied zwischen uns und den GRÜNEN ist, dass die GRÜNEN Strukturen verschieben und wir in die Qualität investieren wollen. Die GRÜNEN wollen eine neue Vorschule; wir wollen dagegen die bestehenden Kitas stärken; denn dort sitzt das Know-how, um mit den Kindern altersadäquat, alltagsintegriert und qualitätsgesichert zu arbeiten.

Doch solange Fachkräfte überlastet sind, solange die Träger keine finanziellen Spielräume haben, sondern Defizite aufweisen, bleiben selbst die besten Konzepte nur Makulatur. Dann bleibt Bildungsgerechtigkeit ein leeres Versprechen und auf der Strecke. Wir brauchen also keinen Schnellschuss durch einen Dringlichkeitsantrag, sondern

solide und verlässliche Arbeit in unseren Kitas mit einem guten Personalschlüssel, kleinen Gruppen und hochwertiger Ausbildung. Das schafft Bildungsgerechtigkeit. Deswegen können wir Ihrem Antrag heute leider nicht folgen.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Für die Staatsregierung hat Frau Staatsministerin Ulrike Scharf ums Wort gebeten.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Lage in unserem Land ist viel zu ernst und die Zukunft unserer Kinder ist viel zu wertvoll, als dass wir uns mit Scheindebatten um Zuständigkeiten und vor allem mit den billigen Profilierungsversuchen in diesem Dringlichkeitsantrag auseinandersetzen sollten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich arbeite jeden Tag mit ganzer Kraft daran, dass wir für jedes Kind und für jedes Talent in Bayern die beste individuelle Förderung bekommen. Frühkindliche Bildung hat für mich oberste Priorität. Erst gestern war ich gemeinsam mit unserem Ministerpräsidenten in einer Kita in Augsburg. Ich kann Ihnen nur sagen: Jeder meiner vielen Besuche in Kitas begeistert mich und macht mich dankbar und froh. Ich sehe da, mit wie viel Herzblut und mit welcher Menschlichkeit die Fachkräfte unsere Kinder in ihrem Leben begleiten.

Ja, es gibt Verbesserungsbedarf. Das wissen wir. Deshalb führen wir auch das Kinderstartgeld ein. Wir schichten damit Hunderte Millionen Euro zugunsten unserer Kitas um. Wir müssen noch mehr in die Qualität und die Quantität investieren. Dafür kämpfe ich gerade in den laufenden Haushaltsverhandlungen. Was wir aber wirklich nicht brauchen, sind diese Zuständigkeitsdebatten. Ich frage mich, was die Menschen draußen darüber denken. Die Erzieherinnen und Erzieher schütteln nur den Kopf. Würden Sie mit ihnen sprechen und hätten Sie einen Bezug zur Praxis, dann wüssten Sie, was

die Erzieherinnen und Erzieher wollen. Sie wollen in ihrer eigenständigen Ausbildung und mit ihrer hohen Expertise wertgeschätzt werden. Sie wollen keine Lehrerinnen und Lehrer zweiter Klasse sein. Deshalb sind sie sehr froh, dass für sie das Familienministerium zuständig ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Erzieherinnen und Erzieher wollen vor allem eines nicht, und das ist die Verschulung unserer Kindergartenkinder. Das ist eine Frage des Menschenbildes und der entwicklungspsychologischen Forschung der letzten Jahrzehnte. Schule ist etwas anderes als Kindergarten. Das freie Spiel, zweckfreies Lernen, das Ausprobieren im Team sowie Raum für emotionale Ansprache und Zuwendung, das war und ist der Weg für unsere bayerischen Kindergärten.

Gleichzeitig sage ich ganz klar: Ich arbeite im Dienste unserer Kinder bestens und vertrauensvoll mit meiner Kollegin Anna Stolz zusammen. Wir haben gemeinsam die verpflichtenden Sprachtests eingeführt, und wir bauen gemeinsam die frühe Sprachförderung aus. Wir bringen gemeinsam die Ganztagsbetreuung voran, und wir beraten uns mit der kommunalen Familie. Ich wundere mich wirklich sehr über diesen Dringlichkeitsantrag. Das grün geführte Familienministerium der Ampel-Regierung hat die Förderung der Sprach-Kitas abgeschafft.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Hört, hört!)

Ich darf Sie erinnern: Das war ein brutaler Abriss dieser Förderung, eine große Katastrophe.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

In Bayern sind wir eingesprungen. Wir fördern die Sprach-Kitas weiter. Liebe Frau Triebel, und jetzt stellen Sie sich hierher und mahnen eine bessere Sprachförderung an. Ich weiß nicht, ob ich das als grüne Krokodilstränen bezeichnen soll. Bildungspolitische Glaubwürdigkeit sieht für mich jedenfalls anders aus. Unumstritten ist, dass wir einen Bildungsboom brauchen. Diesen schaffen wir auch in Bayern. Wir haben

seit 2010 die staatliche Förderung der Kitas auf 3,6 Milliarden Euro vervierfacht. In unseren Kitas arbeiten fast 130.000 Beschäftigte. Im Vergleich zum Jahr 2011 ist das eine Verdoppelung. Wir werden diesen Kurs trotz schwieriger Zeiten mit Kraft und einem klaren Schwerpunkt auf der frühkindlichen Bildung weiterverfolgen.

Wir fördern Tausende von Teamkräften. Auch diesen Weg werden wir konsequent und kraftvoll weiterverfolgen. Für die Schule haben wir Tausende neue Lehrkräfte zusätzlich eingestellt und werden noch einmal 1.500 zusätzliche Kräfte einstellen. Dieser Bildungsboom und die kommende Reform der Kitafinanzierung schaffen die besten Chancen für unsere Kinder. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Herkunft der Kinder ist heterogener geworden, die sprachlichen und kulturellen Hintergründe vielfältiger. Ja, wir müssen mehr investieren. Werteerziehung, Demokratiebildung, Förderung medienkompetenter und kritischer Persönlichkeiten, all das ist für uns ein wichtiger Auftrag, auch im Sinne der Demokratie.

An dieser Stelle muss ich eine Bemerkung machen: Es ist interessant, dass in Ihrem Antrag Kinder mit Migrationshintergrund mit keinem einzigen Wort erwähnt werden. Da ist sie wieder, die grüne Realitätsverweigerung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nur wenn wir heute in die Herzen und in die Köpfe unserer Jüngsten investieren, schaffen wir den Aufbruch für den sozialen und ökologischen Wohlstand von morgen. Nur dann ist unser Sozialstaat zukunftsfest, der von der Lebensleistung des Einzelnen lebt. Alles beginnt bei den Jüngsten. Wo Kinder Halt finden, wächst Zukunft. Wo Kinder früh gefördert werden, beugen wir vor.

Wer heute in die Köpfe und in die Herzen der Jüngsten investiert, der sät Vertrauen, aber er erntet vor allem Zusammenhalt und Stärke. Dafür arbeite ich, aber nicht für Zuständigkeitsfragen. Deshalb lehnen wir Ihren Dringlichkeitsantrag ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/8671 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD und der SPD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/8672 mit 19/8674 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.